



Ausgabe 42 | Oktober 2019

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrter Herr Koppenwallner,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

> Steuern

Bundesfinanzhof

- > Ertragsteuerrechtliche Beurteilung der Überlassung des kommerzialisierbaren Teils des Namensrechts einer natürlichen Person
- > Passivierung von Filmförderdarlehen
- > Ertrag aus Währungskurssicherungsgeschäft erhöht steuerfreien Veräußerungsgewinn aus Anteilsverkauf
- > [Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für Krankenförderung; Endbescheid im finanzgerichtlichen Verfahren](#)

Finanzgerichte

- > Hinzurechnung des Investitionsabzugsbetrags erhöht nicht das Kapitalkonto des Kommanditisten
- > Beerdigungskosten als außergewöhnliche Belastung
- > Kein ermäßigter Steuersatz für eine Rentennachzahlung, die sich auf zwei Veranlagungszeiträume erstreckt
- > Grundstücksschenkung an ein Kind bei anschließender Weiterschenkung als Zuwendung an das Enkelkind
- > Der Verkauf von Backwaren im Eingangsbereich von Supermärkten befindlichen Bäckereien zum dortigen Verzehr unterliegt dem Regelsteuersatz

Finanzverwaltung

- > Vorsorgeaufwendungen; Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag)
- > Klare und sozial ausgewogene Anreize für klimafreundliches Verhalten

Weitere Meldungen

- › Reform der Grundsteuer beschlossen
- › Bei welchen zusammenveranlagten Mandanten mit einem negativen Gesamtbetrag der Einkünfte könnte im Rahmen eines gesondert festzustellenden Verlustvortrags zu prüfen sein, ob ein Altersentlastungsbetrag verlusterhöhend zu berücksichtigen ist?
- › Umsatzsteuerliche Behandlung der vom Arbeitgeber übernommenen Umzugskosten

› Recht

Arbeit und Soziales

- › Bürgenhaftung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz
- › Feiertagsvergütung - Zeitungszusteller
- › Abweichung vom "Equal-Pay-Grundsatz" durch Bezugnahme auf Tarifvertrag
- › Teilweise erwerbsgeminderter Arbeitnehmer erhält Vollzeitrente auch ohne Antrag auf Teilzeittätigkeit
- › Notarzt ist sozialversicherungspflichtig

› Wirtschaft

Branchen

- › Fitnesscenter weiterhin im Vormarsch

Finanzen

- › Auf und Ab bei den Bauzinsen - Wann gibt es die ersten Minuszinsen?

Steuern

Bundesfinanzhof

Ertragsteuerrechtliche Beurteilung der Überlassung des kommerzialisierbaren Teils des Namensrechts einer natürlichen Person

Bundesfinanzhof, X-R-20/17, Urteil vom 12.06.2019

1. Der kommerzialisierbare Teil des Namensrechts einer natürlichen Person stellt unabhängig davon, ob er zivilrechtlich (endgültig) übertragbar ist, ertragsteuerrechtlich ein Wirtschaftsgut dar.
2. Der kommerzialisierbare Teil des Namensrechts ist kein bloßes Nutzungsrecht und daher einlagefähig (Abgrenzung zum Beschluss des Großen Senats des BFH vom 26.10.1987 - GrS 2/86, BFHE 151, 523, BStBl II 1988, 348).
3. Vom Einlagewert des kommerzialisierbaren Teils des Namensrechts können AfA vorgenommen werden (Abgrenzung zum Beschluss des

Großen Senats des BFH vom 04.12.2006 - GrS 1/05, BFHE 216, 168, BStBl II 2007, 508).

➤ mehr in LEXinform 0951427 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Passivierung von Filmförderdarlehen

Bundesfinanzhof, XI-R-53/17, Pressemitteilung vom 17.10.2019

Ist ein Filmförderdarlehen nur aus in einem bestimmten Zeitraum erzielten (zukünftigen) Verwertungserlösen zu tilgen, beschränkt sich die Passivierung des Darlehens dem Grunde und der Höhe nach auf den tilgungspflichtigen Anteil der Erlöse. Dies hat der BFH entschieden.

➤ mehr in LEXinform 0450460 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Ertrag aus Währungskurssicherungsgeschäft erhöht steuerfreien Veräußerungsgewinn aus Anteilsverkauf

Bundesfinanzhof, I-R-20/16, Urteil vom 10.04.2019

Bei der Bemessung des nach § 8b Abs. 2 Satz 1 KStG steuerfreien Veräußerungsgewinns aus einem in Fremdwährung abgewickelten Anteilsverkauf ist der Ertrag aus einem Devisentermingeschäft, das der Veräußerer vor der Veräußerung zum Zweck der Minimierung des Währungskursrisikos in Bezug auf den Veräußerungserlös abgeschlossen hat, als Bestandteil des Veräußerungspreises i.S. des § 8b Abs. 2 Satz 2 KStG gewinnerhöhend zu berücksichtigen (Abgrenzung zum BFH-Urteil vom 02.04.2008 - IX R 73/04, BFH/NV 2008, 1658).

➤ mehr in LEXinform 0950847 | Körperschaftsteuer



Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für Krankenförderung; Endbescheid im finanzgerichtlichen Verfahren

Bundesfinanzhof, III-R-47/18, Urteil vom 10.06.2019

1. Die Krankenförderung i.S. des § 3 Nr. 5 Satz 1 KraftStG setzt voraus, dass kranke Menschen befördert werden. Steuerbefreit sind nur Fahrzeuge, die ausschließlich für Fahrten im Zusammenhang mit der Behandlung kranker Menschen verwendet werden (Anschluss an BFH-Urteil vom 13.09.2018 - III R 10/18, BFHE 262, 532).
2. Nach der Abmeldung eines Kraftfahrzeugs wird der während eines finanzgerichtlichen Verfahrens ergangene Endbescheid (§ 12 Abs. 2 Nr. 3 KraftStG) gemäß § 68 FGO zum Gegenstand des Verfahrens.

➤ mehr in LEXinform 0951961 | Sonstiges Steuerrecht



Finanzgerichte

Hinzurechnung des Investitionsabzugsbetrags erhöht nicht das Kapitalkonto des Kommanditisten

Finanzgericht Münster, 13-K-2320/15-F, Mitteilung vom 15.10.2019

Das FG Münster hat entschieden, dass der nach § 7g Abs. 2 EStG im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung des begünstigten Wirtschaftsguts hinzuzurechnende Betrag sich nicht auf das Kapitalkonto des Kommanditisten i.S.v. § 15a EStG auswirkt.

➤ mehr in LEXinform 0450440 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Beerdigungskosten als außergewöhnliche Belastung

Finanzgericht Hamburg, 6-K-53/19, Urteil vom 01.08.2019

1. Beerdigungskosten können als außergewöhnliche Belastung nur berücksichtigt werden, soweit die Aufwendungen nicht aus dem Nachlass bestritten werden können oder nicht durch sonstige im Zusammenhang mit dem Tod zugeflossene Geldleistungen gedeckt sind.
2. Es besteht eine widerlegbare Vermutung dafür, dass der formelle Inhaber eines Bankkontos auch der wirtschaftliche Verfügungsberechtigte ist.

➤ mehr in [LEXinform 5022473](#) | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Kein ermäßigter Steuersatz für eine Rentennachzahlung, die sich auf zwei Veranlagungszeiträume erstreckt

Finanzgericht Münster, 5-K-371/19-E, Mitteilung vom 15.10.2019

Das FG Münster hat entschieden, dass der ermäßigte Steuersatz nach § 34 EStG auf eine Rentennachzahlung, die sich auf zwei Veranlagungszeiträume bezieht, keine Anwendung findet, wenn die Nachzahlung im zweiten Veranlagungszeitraum erfolgt.

➤ mehr in [LEXinform 0450441](#) | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Grundstücksschenkung an ein Kind bei anschließender Weiterschenkung als Zuwendung an das Enkelkind

Finanzgericht Hamburg, 3-K-123/18, Urteil vom 20.08.2019

1. Überträgt ein Großelternteil ein Grundstück schenkweise auf ein Kind und schenkt das bedachte Kind unmittelbar im Anschluss an die ausgeführte Schenkung einen Grundstücksteil an das Enkelkind weiter, ohne zur Weiterschenkung verpflichtet zu sein, liegt schenkungsteuerrechtlich keine Zuwendung des Großelternteils an das Enkelkind vor.
2. Dass die Weiterübertragung in einem gemeinschaftlichen Testament der Großeltern vorgesehen ist, reicht für sich nicht aus, um eine Zuwendung des Großelternteils an das Enkelkind zu begründen.

➤ mehr in [LEXinform 5022472](#) | Erbschaft-/Schenkungssteuer



Der Verkauf von Backwaren im Eingangsbereich von Supermärkten befindlichen Bäckereien zum dortigen Verzehr unterliegt dem Regelsteuersatz

Finanzgericht Münster, 15-K-2553/16-U, Mitteilung vom 15.10.2019

Das FG Münster hat entschieden, dass in Bäckereifilialen, die in Supermärkte integriert sind, zum Verzehr an Ort und Stelle angebotene Backwaren dem vollen Umsatzsteuersatz unterliegen, wenn hierfür Mobiliar und Geschirr zur Verfügung gestellt wird.

➤ mehr in [LEXinform 0450439](#) | Umsatzsteuer



Finanzverwaltung

Vorsorgeaufwendungen; Aufteilung eines einheitlichen

Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag)

Bundesministerium der Finanzen, IV C 3 - S-2221 / 09 / 10013 :001, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 15.10.2019

Das BMF hat die Aufteilung der an ausländische Sozialversicherungsträger geleisteten Globalbeiträge zur Berücksichtigung der Vorsorgeaufwendungen im Rahmen des Sonderausgabenabzugs für den Veranlagungszeitraum 2020 bekanntgegeben.

➤ [mehr in LEXinform 5236958 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Klare und sozial ausgewogene Anreize für klimafreundliches Verhalten

Bundesministerium der Finanzen, Mitteilung vom 16.10.2019

Die Bundesregierung hat am 16. Oktober 2019 die Gesetzentwürfe zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht und zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes beschlossen. Mit den Beschlüssen werden wichtige steuerliche Maßnahmen auf den Weg gebracht, die den Klimaschutz in den Bereichen Verkehr, Wohnen und Energieerzeugung stärken.

➤ [mehr in LEXinform 0450450 | Sonstiges Steuerrecht](#)



Weitere Meldungen

Reform der Grundsteuer beschlossen

Deutscher Bundestag, Mitteilung vom 16.10.2019

Der Finanzausschuss hat am 16.10.2019 die Reform der Grundsteuer beschlossen. In der von der Vorsitzenden Bettina Stark-Watzinger (FDP) geleiteten Sitzung verabschiedete der Ausschuss insgesamt drei Gesetzentwürfe zur Umsetzung des Reformvorhabens. Für die Erhebung der Steuer soll in Zukunft nicht mehr auf den Bodenwert zurückgegriffen werden, was vom Bundesverfassungsgericht verworfen worden war, sondern es sollen auch Erträge wie Mieteinnahmen berücksichtigt werden. Für die Bundesländer ist eine Öffnungsklausel vorgesehen, damit sie die Grundsteuer mit einem abgeänderten Bewertungsverfahren erheben können.

➤ [mehr in LEXinform 0450462 | Sonstiges Steuerrecht](#)



Bei welchen zusammenveranlagten Mandanten mit einem negativen Gesamtbetrag der Einkünfte könnte im Rahmen eines gesondert festzustellenden Verlustvortrags zu prüfen sein, ob ein Altersentlastungsbetrag verlusterhöhend zu berücksichtigen ist?

DATEV Redaktion LEXinform, Produktinformation vom 17.10.2019

Den Aufruf dieser aktuellen Auswertung sowie Informationen zum Daten-Analyse-System finden Sie im Dokument 2300017 in LEXinform/Info-Datenbank.

➤ [mehr in LEXinform 2300017 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Umsatzsteuerliche Behandlung der vom Arbeitgeber

übernommenen Umzugskosten

Deubner Verlag, Anmerkung vom 15.10.2019

Trägt der Arbeitgeber Umzugskosten eines Angestellten bei einer Versetzung, erbringt der Arbeitgeber keine umsatzsteuerbare Leistung an den Arbeitnehmer und ist dabei zum Vorsteuerabzug berechtigt.

➤ mehr in LEXinform 0653677 | Umsatzsteuer



Recht

Arbeit und Soziales

Bürgenhaftung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Bundesarbeitsgericht, 5-AZR-241/18, Pressemitteilung vom 16.10.2019

Nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz haftet ein Unternehmer, der einen anderen Unternehmer mit der Erbringung von Werk- oder Dienstleistungen beauftragt, für dessen Verpflichtung zur Zahlung des Mindestentgelts an seine Arbeitnehmer wie ein Bürge, der auf die Einrede der Vorausklage verzichtet hat. Dieser Haftung unterliegen allerdings nicht Unternehmer, die lediglich als bloße Bauherren eine Bauleistung in Auftrag geben. Dies hat das BAG entschieden.

➤ mehr in LEXinform 0450457 | Arbeitsrecht



Feiertagsvergütung - Zeitungszusteller

Bundesarbeitsgericht, 5-AZR-352/18, Pressemitteilung vom 16.10.2019

Das BAG hat entschieden, dass eine arbeitsvertragliche Regelung, nach der ein Zeitungszusteller einerseits Zeitung abonnennten täglich von Montag bis Samstag zu beliefern hat, andererseits Arbeitstage des Zustellers lediglich solche Tage sind, an denen Zeitungen im Zustellgebiet erscheinen, gegen den Grundsatz der Unabdingbarkeit des gesetzlichen Anspruchs auf Entgeltzahlung an Feiertagen verstößt.

➤ mehr in LEXinform 0450458 | Arbeitsrecht



Abweichung vom "Equal-Pay-Grundsatz" durch Bezugnahme auf Tarifvertrag

Bundesarbeitsgericht, 4-AZR-66/18, Pressemitteilung vom 16.10.2019

Arbeitgeber, die als Verleiher Leiharbeiter an einen Dritten überlassen, können vom Grundsatz der Gleichstellung ("Equal-Pay") kraft arbeitsvertraglicher Vereinbarung nur dann abweichen, wenn für den Entleihzeitraum das einschlägige Tarifwerk für die Arbeitnehmerüberlassung aufgrund dieser Bezugnahme vollständig und nicht nur teilweise anwendbar ist. So entschied das BAG.

➤ mehr in LEXinform 0450459 | Arbeitsrecht



Teilweise erwerbsgeminderter Arbeitnehmer erhält Vollzeitrente auch ohne Antrag auf Teilzeittätigkeit

Hessisches Landessozialgericht, L-5-R-226/18, Pressemitteilung vom 16.10.2019

Versicherte haben einen Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung trotz eines nur teilweise geminderten Restleistungsvermögens, wenn der Teilzeitarbeitsmarkt verschlossen ist. Ruht das Arbeitsverhältnis, so kann die Rentenversicherung nicht verlangen, dass der Versicherte im Rahmen seiner Mitwirkungspflichten gegenüber seinem Arbeitgeber eine Reduzierung der Arbeitszeit beantragt. Dies entschied das Hessische LSG.

> mehr in LEXinform 0450455 | Sozialrecht



Notarzt ist sozialversicherungspflichtig

Sozialgericht Dortmund, S-34-BA-58/18, Pressemitteilung vom 15.10.2019

Die Tätigkeit als Notarzt im Rettungsdienst ist eine abhängige Beschäftigung und unterliegt deshalb der Versicherungspflicht in den Zweigen der gesetzlichen Sozialversicherung. Dies hat das SG Dortmund entschieden.

> mehr in LEXinform 0450448 | Sozialrecht



Wirtschaft

Branchen

Fitnesscenter weiterhin im Vormarsch

Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V., Analyse vom 27.09.2019

Die Fitnessbranche in Deutschland wächst seit Jahren kontinuierlich: Die Anzahl der Anlagen ist gestiegen, ebenso die Mitgliederzahl der Fitnessstudios. Entsprechend ist auch der Umsatz 2018 wieder gewachsen. Die Zahl der Mitglieder in den Anlagen der Fitness- und Gesundheitsbranche überstieg 2018 erstmals die Marke von 11 Mio. Auch das Durchschnittsalter der Trainierenden nimmt über fast alle Segmente der Branche hinweg tendenziell zu - ein Indiz dafür, dass immer mehr Ältere die Vorzüge von Fitness sowie gesundheitlicher Prävention zu schätzen gelernt haben.

Quelle: Dt. Sparkassenverlag

> mehr in LEXinform 2201027



Finanzen

Auf und Ab bei den Bauzinsen - Wann gibt es die ersten Minuszinsen?

FMH Finanzberatung, Frankfurt, Pressemitteilung vom 01.10.2019

Kaum ein Experte zweifelt mehr daran, dass Minuszinsen möglich sind. Offen ist allein, wann und wie der Dammbbruch erfolgt. Baukunden können dennoch gelassen bleiben. Quelle: FMH Finanzberatung, Frankfurt

> mehr in LEXinform 2094231



Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "LEXinform aktuell (E-Paper)" oder "LEXinform aktuell (Print)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie hier.

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie entweder die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms oder senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Bestellen/abbestellen

Falls Sie den LEXinform-Newsletter für den Public Sector weitergeleitet bekommen haben und in Zukunft ebenfalls erhalten möchten, können Sie ihn hier kostenlos bestellen.

Hier können Sie den Newsletter abbestellen oder Ihre persönlichen Daten ändern.

Verantwortlich: Tina Schulz

[Datenschutz](#) | [Impressum](#) © DATEV eG

Signatur

Diese E-Mail wurde mit einem Zertifikat der DATEV eG signiert. Damit können Sie sicher sein, dass die Nachricht so von uns gesendet wurde. Wenn Sie eine Meldung erhalten, dass die Signatur ungültig ist oder nicht geprüft werden kann, fehlt das Zertifikat zu dieser Signatur auf Ihrem Rechner. Informationen zu Zertifikaten und zur digitalen Signatur finden Sie unter www.datev.de/zertifikate im Internet.

Datenschutz

Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten bei DATEV finden Sie unter www.datev.de/dsgvo-information.

DATEV eG

90329 Nürnberg

Telefon: +49 911 319-0

E-Mail: info@datev.de

Internet: www.datev.de

Sitz: 90429 Nürnberg, Paumgartnerstraße 6-14

Registergericht Nürnberg, GenReg Nr. 70

USt-IdNr. DE 133546770

Vorstand

Dr. Robert Mayr (Vorsitzender)

Eckhard Schwarzer (stellv. Vorsitzender)

Julia Bangerth

Prof. Dr. Peter Krug

Diana Windmeißer

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Nicolas Hofmann